

Die „Freiheit“ erscheint täglich (Sonntags und Montags ausgenommen) mit den Unterhaltungsbeilagen „Reiz Welt“ — „Reiz Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abnahme ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im Voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Druckband befinden sich: „Die deutsche Arbeiterbewegung“, des Gen. und Reichsleiter sowie die rührerischen deutschen Arbeiterbewegung, des Gen. und Reichsleiter, in das obige Ausland 75.— M.

Die jetzige politische Konjunktur über deren Raum kostet 2.— M. einschließlich Interessenten. Klein-Anzeigen: Das jetzige Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Interessenten. Laufende Anzeigen: Das jetzige Wort 1.75 M., einschließlich Interessenten. 4.00 M., jedes weitere Wort 1.50 M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gefuche 4.00 M., jedes weitere Wort 1.50 M. in Wort-Anzeigen: das jetzige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um die Beamtenschaft

Wo steht die Reichsgewerkschaft?

Das nachfolgende Schreiben, das uns ein günstiger Wind weht, ist vom Nationalverband Deutscher Berufsverbände, der unter der Führung des deutschen Reichstagsabgeordneten Geisler stehende Organisation der Gelben, an die bürgerliche Presse gerichtet worden. Es ist ein außerordentlich wichtiger Beitrag zur Beurteilung des Wesens und der Wirkungen des Eisenbahnerstreiks und lautet:

Berlin, den 15. Februar 1922.

Sehr geehrte Hauptchriftleitung!

Wir bitten dringend, vom Donnerstag morgen ab jegliche Betrachtung über den Beamtenstreik mehr gegen die drei Spitzengewerkschaften als gegen die eine reine, vorwiegend bürgerliche Beamtenorganisation darstellende Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter umzustellen.

Wie der anliegende in der „Täglichen Rundschau“ erschienene Aufsatz unseres Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Geisler, zeigt, sind die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter überwiegend bürgerlich gesinnt und das Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung, welche die Regierung und ihre drei Gewerkschaftsspitzenverbände verschuldet haben, geworden. Um die Beamten vor dem Abmarsch in das linkspolitische Lager zu bewahren und sie von ihrer derzeitigen radikalen Leitung befreien zu können, muß u. E. die nationale Presse die Beamten von jetzt ab schonend behandeln. (Sonst bleibt die Faust der Linken an der Gurgel des Staates.)

Unser Bestreben wird es sein, die Reichseisenbahnbeamten für den Verzicht auf das Streikrecht und für das Festhalten an den Rechtsparteien zu gewinnen.

Wir bitten die verehrliche Hauptchriftleitung, uns in diesem Bestreben durch freundliche Beachtung vorstehender Winke gütigst zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nationalverband Deutscher Berufsverbände.

Die Gelben reden in ihrem Brief durchaus nicht ins Blaue hinein, sondern wissen genau was sie tun. Vor nicht langer Zeit hat der Nationalverband eine besondere Propaganda unter den Beamten begonnen. Große Mittel aus trüber Quelle werden dazu aufgewendet, weil ein solches Unternehmen nicht aussichtslos erscheint. Den Führern der Gelben ist bekannt, daß der Boden für die Beamtenschaft durchaus nicht ungünstig für sie ist. Den Mut zu einem solchen Vorgehen haben die Gelben aber vor allem dadurch bekommen, daß der Deutsche Beamtenbund das ihm angetragene Kartellverhältnis zum A. D. G. B. und zum A. F. B. abgelehnt hat. Unmittelbar nach dieser Entscheidung des Deutschen Beamtenbundes setzte der Nationalverband seine Beamtenagitator in Bewegung, und seine Bemühungen sind natürlich nicht nur auf die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, sondern auf die gesamte organisierte Beamtenschaft gerichtet.

Der Streik der Eisenbahnbeamten hat nun die Erwartungen des Nationalverbandes durchaus nicht gedämpft, geschweige denn zerstört. Im Gegenteil: die geschickten Demagogogen dieser Clique erwarten sogar Vorteile von ihm und von seinen Wirkungen. Sie haben die Hoffnung, daß die Eisenbahnbeamtenschaft durch den Streik müde geworden ist. Was der Streik selbst nicht erreicht hat, erwarten sie vielleicht nicht zu Unrecht von den Maßregelungen. Sie sind das Mittel, um die links orientierten Eisenbahner aus der Beamtenschaft zu entfernen und dadurch vielleicht ihres Einflusses auf die Beamten zu berauben. Sie fordern in ihrem Schreiben daher auch nicht ein Eintreten für die Reichsgewerkschaft oder gar für die Gemahregelungen, sondern nur eine schonende Behandlung der Reichsgewerkschaft und eine Wendung des Kampfes gegen die Spitzengewerkschaften. Sie müssen nämlich fürchten, daß eine harte Behandlung der Eisenbahnbeamten durch die bürgerliche Presse die Gesinnung der Beamten vollends „verdirbt“. Davor sollen sie bewahrt werden. Die durch Streik und Maßregelungen müde gemachten Eisenbahner sollen von Herrn Geisler ins nationale Lager zurückgeführt und zum Verzicht auf das Streikrecht bewegt werden.

Das Schreiben kennzeichnet aber nicht nur die Absichten der Gelben, sondern es ist zugleich ein wichtiges Merkmal zur Beurteilung des Wesens der im Deutschen Beamtenbund organisierten Beamtenbewegung. Es ist richtig, wenn es in dem Schreiben heißt, daß die Mitglieder der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten überwiegend bürgerlicher Gesinnung sind. Anders wären auch die Hoffnungen der Gelben nicht zu erklären. Die von uns mehrfach bemängelte Isolierung der Reichsgewerkschaft von den Spitzenverbänden beim Ausbruch des Streiks ist — das ist schon vom Genossen Geisler gesagt worden und muß auch von uns betont werden — nicht nur auf mangelhafte gewerkschaftliche Schulung zurückzuführen, sondern auch auf einen Widerwillen gegen

ein gemeinsames Vorgehen mit den Arbeitergewerkschaften, das weiten Mitgliederkreisen der Reichsgewerkschaft infolge ihrer durchaus bürgerlichen Einstellung eigen ist. Will die Reichsgewerkschaft und mit ihr der Deutsche Beamtenbund jetzt nicht in ein sehr ungewisses Licht geraten, dann werden sich beide Organisationen in Kürze ganz klar äußern müssen, in welchem Verhältnis sie zum Nationalverband und zur freien Gewerkschaftsbewegung stehen wollen. Sie müssen sich entscheiden. Fest steht aber schon jetzt das eine, daß es auf einem gefährlichen Abgrund beruht, wenn von manchen Seiten gesagt wird, die Eisenbahnbeamtenschaft hätte sich durch ihren Streik endgültig und bewußt in die Reihen des Klassenbewußten Proletariats gestellt. Dieser Schritt ist erst dann getan, wenn sich die Beamten-gewerkschaften völlig auf den gleichen sozialen und Rechtsboden mit den Arbeitern und Angestellten stellen und mit diesen gemeinsam um ein für alle gleiches soziales und Arbeitsrecht zu kämpfen bereit sind. Wir fordern nicht von ihnen die plötzliche Preisgabe ihrer winzigen Vorrechte. Die gemeinsame Rechtsbasis, von der wir sprechen, kann praktisch erreicht werden durch einen Aufbau des modernen Arbeitsrechts zugunsten der Beamten, neben dem sodann in gleichem Tempo der Abbau der Beamtenvorrechte erfolgen kann. Das Ziel aber muß in gemeinsamer Frontlinie erstrebt werden.

Der Umfang der Maßregelungen

Wolffs Bureau meldet: In der Beamtenschaft herrscht ebenso wie im Publikum vielfach noch Unsicherheit über die disziplinarischen Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Reichskabinetts aus Anlaß des Beamtenstreiks zu treffen sind.

Nach diesen Richtlinien dürfen nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewaltsame Eingriffe verübt oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behindert haben.

Gegen unkündbare Beamte, die solcher Handlungen beschuldigt sind, ist im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens vorzugehen. Mit der Einleitung dieses Verfahrens werden die in Frage kommenden Beamten vom Dienst entlassen. Stellt sich bei der Untersuchung heraus, daß der oben erwähnte Tatbestand nicht zutrifft, so wird das Verfahren eingestellt. Bei unkündbaren Beamten tritt an die Stelle der Einleitung des Disziplinarverfahrens die sofortige Entlassung. Stellt sich die Entlassung als nach den Grundätzen nicht gerechtfertigt heraus, so wird sie durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgenommen.

Gegen Beamte, die durch Wort oder Tat zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks aufgefordert haben, und gegen solche Beamte, von denen infolge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortungsgewicht erwartet werden dürfte, werden Ordnungsstrafen, und zwar Warnungen oder Verweise verhängt. Geldstrafen nur in besonderen Fällen.

Keinerlei disziplinarische Maßnahmen sollen ergriffen werden gegen die sogenannten Mittläufer beim Streik; sie verlieren jedoch, wie alle am Streik Beteiligten, selbstverständlich die auf die Streiktage entfallenden Einkommensbezüge.

Mit besonderer Strenge soll gegen Bedienstete vorgegangen werden, die etwa Beamte wegen ihrer Pflichterfüllung angegriffen haben.

Bekanntlich hat bereits vor dem Streik der Reichsverkehrsminister die Beurteilungen von Beamten zur Reichsgewerkschaft zurückgenommen. Gegen diejenigen von diesen Beamten, die der Aufforderung zum Dienstverzicht keine Folge geleistet haben, wird in allen Fällen das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

Durch besondere Anordnungen ist Vorsorge getroffen, daß die eingeleiteten Verfahren mit größtmöglicher Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Fechtverordnungen sind selbstverständlich den Beamten gewährt.

Aus vorstehendem geht hervor, daß sich die Reichsbahnverwaltung genau an die Richtlinien des Kabinetts hält und daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigt.

Das ist nur eine Interpretation der Richtlinien, aber keine Widerlegung der Angeklagten der Reichsgewerkschaft.

Tagung der Reichsgewerkschaft

Gestern vormittag hielt der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter in Berlin eine Sitzung ab, um zu der Frage der Disziplinierungen Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung hat sich nur mit dem einen Punkt „Stellungnahme zur Lage, die geschaffen ist durch Nichterhaltung der Zusagen des Reichskanzlers und durch die Organe des Reichsverkehrsministeriums“ befaßt.

Der Reichsverkehrsminister hatte zwar den Mitgliedern des erweiterten Vorstandes zu der Reise nach Berlin keinen Urlaub erteilt, doch sind die in Frage kommenden Vertreter sämtlich erschienen. Die Vertreter der einzelnen Bezirke sollen heute über die Zahl der von den Direktionspräsidenten und den nachgeordneten Dienststellen eingeleiteten Disziplinarverfahren und Entlassungen berichten, um der Gewerkschaft Unterlagen für eine ernante Eingabe an die zuständigen Stellen zu geben. Wie wir erfahren, ist die Berliner Leitung der Reichsgewerkschaft bemüht, einen neuen Konflikt möglichst zu vermeiden.

Der Kanzler der Unabhängigen

Selten hat der Ausgang einer Abstimmung die Rechtsparteien so enttäuscht und entrüstet, die die Abstimmung in der Mittwoch-Sitzung des Reichstages. Hatten die deutsche nationale und Volksparteier vor der Abstimmung ihre Absicht nach der Aufrichtung einer Rechtsregierung gegen die gesamte Arbeiterklasse klar zu veranschaulichen gewußt, so sind sie jetzt um so offener. Am deutlichsten tritt das hervor in dem Organ der offiziellen Junker, der „Deutschen Tageszeitung“. Unter der Überschrift „Der Kanzler der Unabhängigen“ schreibt das Blatt:

„Diese Leute rechnen wohl damit, daß eine bürgerlich orientierte Regierung, die gezwungen war, sich auf die Rechte zu stützen, an Stelle der bisherigen treten würde. Von einer solchen Regierung aber versprachen sie sich für ihre Parteiziele in doppelter Hinsicht nichts Gutes. Einmal wäre ihnen auf solche Weise wohl ein wenig die jetzt unbeschränkte Möglichkeit zur revolutionären Agitation und zum Terror gelegt worden, zum anderen hätte es ja dann auch dahin kommen können, daß wirklich etwas staatsmännischer als bisher regiert und damit jenem Zustande ein Ende bereitet würde, der durch seine Unordnung der radikalen Linken Gelegenheit verschafft, ungehindert im Trüben zu fischen. Ferner aber wissen diejenigen Unabhängigen, die sich neben ihrer wilden Kapitalistenwut noch eine Spur jener klugen Taktik gewahrt haben, die die Mehrheitssozialisten mit gutem Erfolge und großer Meisterhaftigkeit anwenden, nur zu gut, was ein Reichskanzler Wirth für sie bedeutet. Sie haben es damals erfahren, als jener verkündete, in einem Entscheidungskampfe zwischen Proletariat und Bürgerschaft würde er auf der Seite des Proletariats zu finden sein. Und sie haben es jetzt wieder bei der Behandlung des Streiks trotz ihrer hysterischen Schreikämpfe über die Scharfmacherregierung erlebt, wie gern der Reichskanzler immer wieder bereit ist, nach anfänglichen starken Worten sich zu einem Kompromiß zu bequemen und damit die Zerstückelung der Linken zu stiften. Hand in Hand damit geht die Verleumdung dieser Leute für eine Erfüllungspolitik Wirth-Kathenauser Richtung, die durch Unterwerfung unter unmögliche Bedingungen des Feindbundes das deutsche Wirtschaftsleben an den Rand des Ruins bringt, der politisch häufig genug der Vorgänger revolutionärer Umwälzungen zu sein pflegt.“

Ebenso tobt die „Kreuzzeitung“:

„Dr. Wirth und sein Kabinett sind jetzt den Crispian, Dittmann und Genossen mit Haut und Haaren verfallen, müssen tanzen, wie die Unabhängigen pfeifen, die ihnen stündlich vorhalten können, nur ihrer Rettungsaktion verdanke das Kabinett das notdürftigste Leben. Den Crispian, Dittmann, Ledebour verfallen! Wie heißt es im Faust? „Es möchte kein Hund so länger leben.“

Den Deutschen nationalen geht es eben in erster Linie um die Abwendung der Gefahr, daß nun eventuell der Besitz schärfer angefaßt werden könnte, als das durch das Steuerkompromiß geschehen sollte. Unter Hinweis auf die Darlegungen in unserer gestrigen Morgenausgabe, daß die Krise nicht gelöst ist und daß bei den Steuerfragen ein Ausweichen des Kabinetts Wirth nicht leicht möglich sein wird, schreibt das Blatt:

„Und der Hinweis auf das Steuerkompromiß zeigt deutlich, auf welchem Gebiete die Bezahlung des unabhängigen Hilfsvolks erfolgen soll. Es wird nicht lange dauern und das Geschrei nach der Erfüllung der Sachwerte wird von neuem ertönen, das mühsam zusammengelinkte Steuerkompromiß jedoch gerät in Gefahr. Aber ein proletarischer Kanzler ist großmütig. Er verliert die Seele der Strafe. Er ist Kanzler geblieben. Warum soll er nicht das Steuerkompromiß umformen? Wenn wir auch nicht glauben, daß eine solche Machination ohne Widerspruch in den Reihen des Zentrums und der Demokraten vor sich gehen wird, so hat sich doch gezeigt, daß diese Parteien die großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte außer acht lassen, sobald es sich um Personen- und Parteipolitik handelt. Dafür opfert man alles und sei es die eigene Ueberzeugung.“

Von ähnlichen Befürchtungen ist auch die Deutsche Volkspartei erfüllt. Sie, die eben erst dem Reichskanzler die schärfste Mißbilligung ausgesprochen wollte, bietet sich jetzt wieder für die große Koalition an.

Ihr Blatt, die „Zeit“, schreibt:

„Die Regierung Wirth kann weiterregieren; aber sie wird aus den Vorgängen der letzten Tage hoffentlich allerhand Nützliches gelernt haben. Zunächst dürfte auch Herr Dr. Wirth sich in die Lage Erkenntnis eingearbeitet haben, daß Sicherheit und Stetigkeit der Regierung sich nur auf breiterer Basis errichten läßt, als er sie ihr bisher gegeben, und daß er eine Partei, die sachlich mitzuarbeiten gewillt ist, auch wenn sie nicht in der Regierung sitzt, nicht wie eine verpfändete Hilfstruppe zu behandeln hat, die mitzutaten, aber „nix tau legen“ hat.“

Darauf erwidert der „Vorwärts“:

„Die Art, wie hier genau zwölf Stunden nach mißglücktem Ministersturz Herr Wirth die Freundschafspolizei hingestellt wird, ist so widerlich und unmanierlich, daß die öffentliche Jurisprudenz derartiger Verwerfungen eigentlich polizeilich verbieten sollte.“

Es ist bemerkenswert, daß auch die demokratische Presse im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung und im Gegensatz

zu der Haltung der demokratischen Fraktion, sich jetzt gegen die Verbreiterung der Regierungskoalition erklärt. Theodor Wolff erklärt im „Berliner Tageblatt“ offen, die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei sei durchaus entbehrlich und überflüssig geworden. Und ferner:

„Soll man nun gleich wieder, und als wäre gar nichts geschehen, einer Partei die Regierungsräte weit öffnen, die ihre Zuverlässigkeit, ihre Ehrlichkeit, ihr staatliches Verantwortungsgefühl eben in dieser Weise bewiesen hat? Soll man mit Händedrücken, Komplimenten und milden Versöhnungssprüchen schnell, ohne zum mindesten die Eindrücke der letzten Tage wirken zu lassen, wieder an eine Partei herantreten, die zwar dem Reichkanzler persönlich ihr Mißtrauen bezeugen, aber unter diesem Reichkanzler in das Kabinett eintreten wollte, wenn man ihr nur die erstrebte Anzahl von Ministerportefeuilles bot? „Summ culquo“. „Jedem das Seine“, wie es auf dem ehemaligen Schwarzen Adlerorden heißt. Wenn man in dem Augenblick, wo man die Lokomotivführer wegen ihres Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und die staatliche Wohlfahrt mahnt, die Führer der Deutschen Volkspartei ans Herz drücken wollte, — wo bliebe da die Gerechtigkeit?“

Auch in bezug auf die Maßregelungen, bei denen die Demokraten bisher in der Regierungskoalition die treibenden Elemente gewesen sind, scheint sich jetzt eine nüchternere Auffassung anzubahnen. Theodor Wolff schreibt unter Hinweis auf die von dem Genossen Dittmann bekämpften Massenmaßregelungen in Pantow usw.:

„Wir wünschen die Befreiung und Entlassung der Anstifter, der Beführer, der wirklichen Schuldigen und aller, die im Ehrenhaftigkeit sabotiert und zur Sabotage aufgereizt haben, und außerdem erscheinen uns neue gesetzliche Bestimmungen, die jede durch eine Streikhandlung nachweisbar verübte Tötung und jede bewiesene Gefährdung von Menschenleben strafrechtlich ahnden, nach den letzten Berliner Ereignissen als eine dringliche Notwendigkeit. Aber kein verständiger Mensch kann wollen, daß Beamte, die unter dem Druck der rasenden Laweuerung sich zu bereitwillig von den Agitatoren mißbrauchen ließen, nun massenhaft gemahnt werden, und Herr Groener wird gewiß aufmerksam prüfen müssen, ob in seiner Verwaltung überall das richtige und vorgezeichnete Maß eingehalten wird.“

Das alles kann natürlich nicht über den großen Gegensatz hinwegtäuschen, der zwischen den Absichten aller bürgerlichen Parteien und den Forderungen der Arbeiterklasse besteht. Sie machen nur die Zugeständnisse, zu denen die Macht der Arbeiterklasse sie zwingt. Die Klippen, an denen das Kabinett Wirth zu stranden drohte, sind am Mittwoch umschifft worden. Sie bedrohen aber fernerhin seine Existenz. Und es wird scheitern, wenn es nicht in der Steuerfrage eine andere Haltung einnimmt, als es das bisher getan hat.

Denn dann ist mit dem Sturz des Kabinetts Wirth nicht die Aufrichtung einer Rechtsregierung verbunden, sondern die Möglichkeit zur Auflösung des Reichstages und zu Neuwahlen. Sie aber bieten die Möglichkeit, den klaffenden Gegensatz zwischen den Besitzenden und der Arbeiterklasse darzulegen, alle diejenigen für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, deren Existenzmöglichkeit durch die den Besitz schonende Finanzpolitik untergraben wird.

Das Vertrauensvotum

Der „Temps“ für Wirth und gegen Stinnes

CC. Paris, 16. Februar.

Der „Temps“ beschäftigt sich mit der gestrigen Abstimmung im deutschen Reichstag und erklärt, der Reichkanzler habe auf einen so großen Sieg nicht rechnen können. Die für Dr. Wirth abgegebenen Stimmen müßten gewogen und nicht gezählt werden, dann hätten sie fast einen noch größeren Wert als die anderen. Das Blatt wendet sich dann gegen die von Hugo Stinnes betriebene Politik und schreibt, Stinnes wolle den Bankrott Deutschlands, weil er den Versailler Vertrag zerreißen wolle. Frankreich würde dies niemals zulassen, und wenn Stinnes sich bemühe, Frankreich gegen England auszuspielen, so werde er damit kein Glück haben. Aber auch England werde, wenn es die Vorschläge von Stinnes annehme, dabei seine Rechnung nicht finden. Wirtschaftliche Vorteile hätte es jedenfalls damit nicht und auch mit Hilfe von Stinnes werde es nicht mehr Kohle auf dem Weltmarkt absetzen als jetzt auch. Solange die deutsche Marktlagerung anhalte, würden die deutschen Industriellen immer die Oberhand über ihre englischen Kollegen behalten. Wenn es in Englands Lebensinteresse läge, würde es Stinnes doch fallen lassen. Die deutschen Industriellen sollten daher endlich ihre negative Haltung aufgeben und in eine Besprechung der Reparationsfrage eintreten.

Eine Note des Generals Nollet

In Sachen der Deutschen Werke

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, hat, wie die P. P. R. erfahren, unter dem 12. Februar eine neue Note in Sachen der Deutschen Werke an das Auswärtige Amt gerichtet, die eine Antwort auf eine Note der deutschen Regierung vom 12. Februar 1921 darstellt und im Anschluß an den letzten Beschluß der Vorkontrollkonferenz vom 28. Dezember 1921 an der Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken festhält. Bekanntlich soll bei dieser Umstellung den Interessen der Arbeiter der Deutschen Werke Rechnung getragen werden. In der neuen Note wird Deutschland deshalb aufgefodert, bis zum 15. Mai Vorschläge zu unterbreiten, für das zukünftige Fabrikationsprogramm der Werke Erfurt, Spandau-Hafelhorst und Wolfgang (Hanau). Die Note stellt für die drei Werke folgende Richtlinien auf:

In den Werken Erfurt und Spandau-Hafelhorst darf die Herstellung von Schusswaffen, Jagd- und Sportmunition vorläufig nur noch provisorisch und dann überhaupt nicht mehr weitergeführt werden. Für das Werk Wolfgang wird die Herstellung von Nitro-Zellulose auch nur provisorisch genehmigt. Endgültig genehmigt werden dagegen die Herstellung von Kollobium für Filmzwecke, und zur Fertigung von künstlichem Leder, die Herstellung von Schmirgelpapier, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven und sonstige Friedensfabrikation. Die Herstellung von Nitro-Zellulose wird mit sofortiger Wirkung auf 50 Tonnen monatlich herabgesetzt. Im Hüttenwerk Spandau gestattet die Interalliierte Kontrollkommission, daß im Hüttenwerk I neben dem bestehenden Walzwerk, einem deutschen Antrag entsprechend, ein Walzwerk zu zwei Gerüsten errichtet wird zur Fabrikation von schwachem Flachblech und schwachen U- und T-Profilen.

Diese neue Note hält in ihrer Gesamtheit zwar an dem prinzipiellen Standpunkt der Vorkontrollkonferenz fest, eröffnet aber die Möglichkeit neuer Besprechungen. Es

werden daher unverzüglich seitens der Delegation der Deutschen Werke und der deutschen Regierung Verhandlungen mit General Nollet angeknüpft werden.

Die Reparationen für 1922

London, 16. Februar.

Das Reutersche Bureau teilt mit, daß die britische Regierung mit gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der französischen Regierung ausgesprochen hat, daß die Frage der deutschen Reparationsverpflichtungen für das laufende Jahr von der Reparationskommission geprüft werde.

Rußland und Frankreich

In den letzten Tagen ist in der Presse von französisch-russischen Verhandlungen die Rede gewesen, die bereits bis zum Abschluß eines Vorvertrags gebiehen sein sollten. Von der Berliner französischen Gesandtschaft wird vorfristig dazu bemerkt, daß man an die Möglichkeit eines solchen Abkommens vorerst überhaupt nicht glaube. Danach kann man annehmen, daß wohl Verhandlungen stattfinden. Darauf weist auch die auffällige Stellungnahme der Pariser Blätter, besonders des „Temps“, in den letzten Tagen hin, die sich ganz eingehend mit Sowjetrußland auseinandersetzen und die Möglichkeit der Zusammenarbeit erwägen.

Von russischer Seite wird über den Abschluß eines russisch-französischen Vertrags dem „Nt-Express“ mitgeteilt, daß diese Gerüchte im gegenwärtigen Augenblick einer Grundlage entbehren und offenbar lediglich den Zweck verfolgen, die russisch-deutschen und russisch-englischen Beziehungen zu trüben. Die Sowjetregierung hat ihre scharf ablehnende Haltung gegenüber dem Versailler Vertrag nicht geändert. Zugleich aber kann die Außenpolitik Sowjetrußlands, das als Großmacht in die Weltpolitik einzutreten im Begriffe ist, nicht platonisch sein. Rußland muß seine Lebensinteressen durch eine Realpolitik verteidigen. In dieser Hinsicht lassen die deutsch-russischen Beziehungen zu wünschen übrig. Die Sowjetregierung erkennt die große Bedeutung, die der Annäherung zwischen Rußland und Deutschland zukommt, und ist fortwährend bemüht, diese Beziehungen zu erweitern und zu vertiefen. Da die Sowjetregierung, nicht durch eigene Schuld, von deutscher Seite nicht das gewünschte Entgegenkommen bei der Klärung und Präzisierung dieser Frage zu finden glaubt, sieht sie sich genötigt, sich an die anderen Staaten zu wenden, um eine möglichst baldige Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse herbeizuführen; Sowjetrußland müsse an allen Türen anknöpfen, um den Ring der wirtschaftlichen Isolierung zu sprengen. Nur die fortwährend ungeläuterte Lage Deutschlands und ständige Verächtlichung gewisser Faktoren, die mit den russisch-deutschen Beziehungen unmittelbar nicht zusammenhängen, zwingen Rußland, nötigenfalls nach anderen Wegen zu suchen, die vielleicht den deutschen Interessen weniger günstig wären, die aber von den dringlichsten Interessen Rußlands gebieterisch gefordert werden.

Steigender Notenumlauf

Die Verzögerung der Erledigung der Steuererlässe und der langsame Eingang der Reichssteuern hat sich bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in einem sprunghaften Steigen des Notenumlaufs bemerkbar gemacht. Nach einem vorübergehenden Rückgang von Noten in die Kassen der Reichsbank ist jetzt ein erneutes starkes Steigen des Notenumlaufs zu verzeichnen. In der ersten Februarwoche hat der Umlauf an Banknoten sich um 1230,3 Millionen Mark erhöht, der Umlauf an Darlehensscheinen um 25,4 Millionen Mark. Der Gesamtumlauf an Banknoten ist damit auf 116 606 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehensscheinen auf 8070,9 Millionen Mark gestiegen.

Amnestie für politische Vergehen?

Nach einer Mitteilung der „Zentral-Parlaments-Korrespondenz“ wird im Reichsjustizministerium ein Amnestiegesetz für politische Vergehen vorbereitet. Das Reichskabinett hat sich allerdings mit der Vorlage noch nicht befaßt. Es bleibt abzuwarten, welchen Charakter die Vorlage hat. Bisher sind nur die Kapistnen amnestiert worden, während die Arbeiter noch zu Tausenden im Gefängnis sitzen.

Noch teurere Kartoffeln

Obwohl der Kartoffelpreis heute das Hundertfache des Friedenspreises beträgt, ist den Kartoffelerzeugern der Kartoffelbau noch nicht rentabel genug. Der Sechste Deutsche Kartoffeltag hat deshalb einstimmig beschlossen, daß alle Reste der Zwangswirtschaft beseitigt werden, was nach den bisher gemachten Erfahrungen gleichbedeutend mit noch höheren Wucherpreisen ist, daß die Wucherpreise gegen die Landwirtschaft nicht mehr zur Anwendung gebracht werden, daß den Landwirten die Düngemittel zu niedrigeren Preisen geliefert werden und daß der Staat diesen aus in anderer Weise entgegenkommt.

Trotz dieser unerschämten Forderungen wird natürlich niemand auf den Gedanken kommen, daß unsere Landwirte begrißlich sind.

Die gleitende Lohnskala

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten fand am Donnerstag im Beisein verschiedener Spitzenorganisationen der interessierten Kreise eine Besprechung über die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltskale statt. — Der Vorsitzende Abg. Degler (Dnatl.) berichtete über den Stand der sachlichen Vorbereitung der Frage und die Stellungnahme der Sachverständigen. — Der Vertreter des Reichsstadtebundes befragte den Gedanken, das System der gleitenden Skala mit dem jetzt bestehenden Besoldungssystem in Verbindung zu bringen. Schwierig sei die Bestimmung der Indizes. Die gleitende Lohn- und Gehaltskale sei aber geeignet, eine gewisse Ruhe und Stabilität wenigstens für geraume Zeit zu schaffen. — Der Vertreter des Reichsarbeiterverbandes der deutschen Kommunalverbände und des Deutschen Städtetages betonte, daß die Frage des Existenzminimums einer eingehenden Nachprüfung bedürfe. Man sei schon auf dem Wege zur gleitenden Lohnskala durch die Kurzfristigkeit der Lohnverträge. Man brauche sich nicht durch die schlagelagerten Versuche abschrecken zu lassen. Es liege sich die Lösung denken, daß man den ganzen Apparat in Bewegung lege und den Bezirke die besondere Regelung überlasse. — Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legte zunächst die Schwierigkeit dar, den Begriff des Existenzminimums festzulegen. Die gewerkschaftlichen Organisationen würden seiner Meinung nach nicht gegen die Einführung einer gleitenden Lohnskala sein. Aber neben den Vorteilen seien mit einem solchen Verfahren auch Nachteile verknüpft. Eine große Schwierigkeit erblickte der Redner in der

Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine zentrale Regelung beeinträchtigen. Wie ein solcher Apparat funktionieren werde, sei fraglich. Den unteren und mittleren Besoldungsgruppen müsse in erster Linie durch eine Regelung des Grundgehaltes geholfen werden.

Dr. Kuczynski widersprach der Auffassung, daß sich das Existenzminimum nicht berechnen lasse. Das Wesen der gleitenden Lohnskala ist von den Vorrednern nicht immer richtig aufgefaßt worden. Die gleitende Lohnskala kann nur die schwankende Kaufkraft der Mark aufhalten, aber nicht den sozialen Kampf aus der Welt schaffen. — Prof. Dr. Elsbregt will an die Stelle des Begriffes des Existenzminimums die Existenzgarantie setzen. — Dr. Böhmert vertrat die Zentralisierung der Indizes und die monatliche Regelung. Vorsitzender Abg. Degler (Dnatl.) sagte sämtliche Gutachten dahin zusammen, daß sich keiner der Redner gegen die gleitende Lohnskala ausgesprochen hat, nur bestehen teilweise Bedenken über ihre Einführung.

Die Deutsche Vereinigung für Internationales Recht macht durch Rundschreiben ihres Vorsitzenden Geheimrat Prof. Dr. Niemeyer-Kiel bekannt, daß der nächste internationale Rechtstongress im August in Buenos Aires stattfindet. Auf dem Programm der Konferenz finden sich Fragen des Völkerbundes, der internationalen Gerichtsbarkeit, des Seerechts, des Verfassungsrechts, der Haftung für Ausbruchschäden usw. Als deutsche Rezenten wurden die beiden Vorstandsmitglieder Reichsminister a. D. Dr. Walter Simons und Prof. Dr. Alfred Mannes gewählt.

Die Tariferhöhungen abgelehnt

Abstimmungschaos im Stadtparlament

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab es am Beginn einen Nachklang zum städtischen Streik. Der Vorsteher Dr. Caspari hatte sich an der Verurteilung der verunglückten technischen Ratgeber mit einer Kranzniederlegung beteiligt; es stellte sich aber heraus, daß der Vorsteher das nur als Vertreter der Deutschen Volkspartei getan hat. Der einzige Beratungsgegenstand dieser Sitzung war die Vorlage des Magistrats über die Erhöhung der städtischen Tarife. Stadtv. Borzardt (S.P.D.) erstattete den Ausschuhbericht, aus dem ein für die Erprellerpolitik der Rechtsparteien bezeichnender Vorgang im Ausschuh bekannt wurde. Die Rechtsparteien machten durch Antrag ihre Zustimmung zu den Tariferhöhungen davon abhängig, daß sie nur bis zum 30. Juni gelten sollten, um auf diese Weise einen Einfluß auf die Gestaltung des neuen Manteltarifs auszuüben. Die Stellung der einzelnen Parteien, die in zum Teil sehr ausführlichen Reden dargelegt wurde, war im ganzen dieselbe wie im Ausschuh.

Die Diskussion wurde unterbrochen durch eine völlig sinnlose Diskussion der Kommunisten, deren Kommunalpolitik allmählich immer lächerlicher wird. Sie stellten einen Antrag, der mit der Deckungsvorlage nicht das mindeste zu tun hatte und beantragten zum Ueberfluß namentliche Abstimmung, nachdem sie schon durch eine lange Geschäftsordnungsdebatte die Verhandlungen gestört hatten. Die Behandlung des Antrags in dieser Sitzung wurde natürlich abgelehnt.

Unser Genosse Reimann legte in einer auf gutes Material gestützten Rede die Auffassung der U. S. P. dar. Er erklärte — wie das auch schon an dieser Stelle geschehen ist — daß sich unsere Rathausfraktion voll der Verantwortlichkeit in der Kommunalpolitik bewußt ist, daß wir aber als Arbeiterpartei auch die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung nicht bis ins Unerträgliche besparen können. Noch immer gelte für uns der Grundsatz, daß sich die Werke selbst tragen müssen. Die Wasserwerke tragen sich gegenwärtig nicht, deshalb hatte unsere Fraktion beschlossen, der Erhöhung des Wasserpreises zuzustimmen. Nach der Erklärung des Räumers jedoch, der eine „Erwägung“ über die Abwälzung dieser Erhöhung auf die Mieter durch Steigerung des Mietzuschlages ankündigte, zieht die Partei diese Zusage zurück. Sie kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die von den Hausbesitzern zu tragenden Lasten einfach auf die Mieter abgewälzt werden. Der Erhöhung des Elektrizitätspreises können wir nicht zustimmen, da die E-Werke ganz erhebliche Ueberschüsse abwerfen; die Erhöhung des Gaspreises müssen wir ablehnen, solange der Magistrat nicht ernstlich Anstalten trifft, durch technische Umgestaltung der veralteten Betriebe diese Werke endlich rentabel zu machen. Die ewigen Tariferhöhungen sind zwar sehr bequem, sie liegen aber weder im Interesse der Stadt noch im Interesse der Arbeiterschaft, da sie kein endgültiger Weg aus den jetzigen Zuständen sind. Genosse Reimann kritisierte dann sehr scharf das Sparprogramm des Magistrats und bezeichnete den größten Teil der Maßnahmen als ebenso kurzfristig wie unverantwortlich.

Infolge der Hisslosigkeit des Vorstehers Dr. Caspari gestaltete sich die Abstimmung über die einzelnen Punkte der Vorlage und die zu ihnen eingereichten Anträge nicht nur äußerst schwierig, sondern sie endete mit einem völligen Chaos in der Versammlung. Die Magistratsvorlage sieht, wie schon mitgeteilt, die Erhöhung des Elektrizitätspreises auf 6 M., des Gaspreises auf 3,30 M. und des Wasserpreises auf 1,90 M. vor. Die demokratische Fraktion hatte einen Antrag eingereicht, durch Erhöhung der Mietzuschläge die Steigerung des Wasserpreises sofort auf die Mieter abzuwälzen. Die rechtssozialistische Fraktion hatte einen Eventualantrag eingebracht, der im Falle der Ablehnung der Magistratsvorlage eine Billigkeit der neuen Tarife wenigstens bis zum Schluß des Staatjahres (31. März) voraussetzt. Endlich hatte die Deutsche nationale Fraktion im Ausschuh eine Mehrheit gewonnen für ihren Antrag, die Erhöhung der Tarife nur bis 30. Juni gelten zu lassen. Der Vorsteher ließ abstimmen über die einzelnen Punkte der Vorlage; bei dem Punkt Wasserpreis ergab sich die Annahme des demokratischen Antrages mit 95 bürgerlichen gegen 87 sozialistische Stimmen. Dann ließ der Vorsteher über die Gesamtvorlage des Magistrats mit der angenommenen Maßgabe abstimmen. Die Magistratsvorlage wurde mit 105 gegen 84 Stimmen abgelehnt; dafür waren Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten, gegen die Erhöhungen stimmten Unabhängige, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Deutschnationale. Trotzdem also nun die Magistratsvorlage ausdrücklich abgelehnt war, brachte der Vorsteher unregelmäßig den Antrag der Deutschnationalen zur Abstimmung, der eine Befristung der eben abgelehnten Tariferhöhungen forderte. Obwohl der deutschnationale Antrag nicht als Zusatzantrag bezeichnet war, so konnte er doch nur vor der Abstimmung über die Gesamtvorlage behandelt werden. Durch die Ablehnung der Magistratsvorlage waren selbstverständlich auch alle Modifikationen überflüssig.

Diese heillose Verwirrung in der Abstimmung tief eine Geschäftsordnungsdebatte hervor, die mit einer beispiellosen Heftigkeit die ganze Versammlung in Erregung brachte, aber natürlich keine klarere Situation schaffen konnte. Genosse Dr. Weinberg präziserte die Auffassung unserer Partei, daß die Erhöhung der Tarife selbstverständlich als abgelehnt gelten müsse und daß keine Rechtsverbindlichkeit bestehe, die neuen Sätze zu zahlen. In seiner Hisslosigkeit wühlte sich der Vorsteher keinen anderen Retts als die Sitzung zu vertagen.

Der erste Schiedsgerichtsvertrag

Deutscher Reichstag

Der erste Schiedsgerichtsvertrag, den Deutschland mit einem anderen Staate abschließt, wurde gestern im Reichstag verabschiedet. Es handelt sich um den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag, nach dem sich Deutschland und die Schweiz verpflichten, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, entweder einem Schiedsgericht, oder Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

In der kurzen Debatte wurde sowohl von dem demokratischen Völkerrechtler Schüding als auch von dem Genossen Breitscheid in eindringlichen Ausführungen auf die Tatsache hingewiesen, daß es Deutschland war, das sich vor dem Kriege jeder schiedsrichterlichen Austragung internationaler Streitigkeiten widersetzt. Aber Genosse Breitscheid hob auch hervor, daß es darauf ankomme, den neuen Geist, der aus diesem Vertrag spreche, auch Tat werden zu lassen. Nur so könne verhütet werden, daß man ihn im gegebenen Falle nach berühmtem Muster als einen „Fetzen Papier“ bezeichne.

Danach wurde die zweite Lesung des Reichsmietengesetzes zu Ende gebracht. Dieser Gesetzentwurf, der schon seit Jahresfrist vorliegt, lag den Rechtsparteien stark in den Knochen. Alle ihre Anträge zielten auf die Ablehnung jeder Zwangsregelung im Wohnungswesen hin. Also auch hier „freie Wirtschaft“. Aber auch durch die Regierungsparteien ging die den entscheidenden Bestimmungen ein Riß. In der gestrigen zweiten Lesung waren eine Menge Abänderungsanträge eingebracht worden, die hauptsächlich gemeinsam vom Zentrum, den Rechtssozialisten und den Unabhängigen. Diese Anträge wurden mit dem größten Teil der Stimmen des Zentrums, den Stimmen der S. P. D. und der U. S. P. D. angenommen, während die Demokraten stamm mit den Rechtsparteien stimmten. Die Demokraten haben damit ihren Ruf als „Hausagrarier“ verlohren.

Sitzungsbericht

Präsident Vöbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Deutsch-schweizerischer Schiedsgerichtsvertrag

Reichsminister des Äußeren Rathenau: Der vorliegende Vertrag stellt eine neue Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken des Schiedsgerichts dar. Die frühere Stellungnahme war wenig positiv. Sie werden neben dem vorliegenden keinen anderen ähnlichen Vertrag finden, der in so allseitiger Weise die Streitigkeiten zwischen zwei Völkern auf friedliche Weise beizulegen sucht.

Abg. Schüding (Dem.): Der im Haag zur Debatte gestandene Weltfriedensvertrag ist damals im wesentlichen am Widerstand Deutschlands gescheitert. Wenn im Zeitalter der Weltwirtschaft der Zeitpunkt gekommen war, die Beziehungen der Staaten zueinander in eine rechtliche Form zu gießen, so wäre es zu wünschen gewesen, daß hier ein Fortschritt gemacht worden wäre. Aber anstelle dessen kamen wir in das Zeitalter des Weltkriegs. Wir haben nach Bismarck keine Geister gehabt (Sehr richtig! rechts), die den Machtgedanken überstiegen (Sehr gut! in der Mitte). Bismarck würde dem Haager Weltfriedensvertragsgedanken mehr Verständnis entgegengebracht haben als seine Nachfolger. Wilhelm II. wollte sich in seine Souveränität nicht hineinreden lassen. Ein bekannter Rechtslehrer meinte: Ich bin glücklich, daß wir die nötige Zahl Volkswirtschaftler haben. Wo sind die Volkswirtschaftler hin? Wäre es nicht besser, man hätte sich rechtzeitig auf den Rechtsgedanken eingestellt? (Sehr richtig!) Noch im Jahre 1915 hatte ich eine Besprechung mit dem damaligen Unterstaatssekretär Zimmermann, darüber, daß man in England ernstlich bemüht sei, zu einem Dauerfrieden zu kommen, wenn man nur einmal im deutschen Parlament Verständnis dafür an den Tag legen wollte. So eine Bestimmung müßte Punkt 1 des Friedensvertrags werden, meinte man in England. Was antwortete mir Herr Zimmermann? „Wenn wir das tun wollten, was würden dann unsere Generale und unsere Marineoffiziere sagen?“

„Was würden dann unsere Generale und unsere Marineoffiziere sagen?“

Noch 1917 wurde deutscherseits ein wechselseitiges vertragsgemäßes Abrüsten abgelehnt. Es kommt auch darauf an, daß an den Universitäten im Geiste eines neuen Völkerrechts gelehrt wird. Aber wie sieht es dort aus? Es sind von den Professuren an verschiedenen Fakultäten Personen getrennt worden, weil sie in dem Verdacht standen, Pazifisten zu sein. Das gilt von einem Völkerrechtler, von einem Philologen, von einem Vertreter der romanischen Sprachen. (Hört, hört!)

Wir wollen unsere Jugend erziehen zum Gedanken des Rechts.

Der Weltkrieg hat uns das letzte Akt des Krieges und deshalb ganz selbstverständlich, daß er aus dem Geiste des Krieges geboren. Gerade dieser Frieden zeigt uns, wohin der Krieg führt. Aber die Welt überzeugt sich in immer weiterem Maße davon, daß wenigstens die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrags unbrauchbar sind. Napoleon hat am Ende seiner Lebensbahn gesagt: Es gibt nur zwei Mächte in der Welt: das Schwert und den Gedanken! Auf die Dauer aber wird der Gedanke siegen. Der Schiedsgerichtsvertrag mit der Schweiz ist der erste Schritt auf dem Wege zum Gedanken des Rechts.

Abg. Braun (S. P. D.): Wir glauben, daß dieser Schiedsgerichtsvertrag zu einer höheren Form des Zusammenlebens der Völker führen wird. Gleichfalls mit der Vorlage tritt der Weltgerichtshof in Kraft. Das ist ein erfreuliches Zeichen für das Zusammenleben der Völker. Wir leben in dem Vertrag eine Abwendung von der Geistesrichtung, die in der friedlichen Verständigung der Völker ein Hemmnis sieht. Im Sinne der Größten Deutschlands, im Sinne Kants usw., die den Gedanken des Weltfriedens vertreten haben, begrüßen wir den vorliegenden Vertrag.

Abg. Rahl (D. Sp.): Es ist nicht wahr, wie Schüding gemeint hat, daß die ganze preussische Geschichte sich auf den Gedanken aufbaut: Macht geht vor Recht! Selbst Moltke hat gesagt, auch ein streitbarer Friede ist ein nationales Unglück. Deutschland hat niemals lediglich auf dem Kriegsgedanken seine Politik aufgebaut, am wenigsten Preußen. (Hört! Hört! und Widerspruch.) Auch wir sind durchaus der Meinung, daß, soweit es irgend möglich ist, die Streitigkeiten zwischen Völkern mit friedlichen Mitteln aus der Welt geschafft werden müssen. Aber wir haben nicht den Glauben, daß alle Streitigkeiten mit Schiedsgerichtsverträgen aus der Welt geschafft werden können. Das sind Gedanken unbedarfter Pazifisten. (Sehr richtig! rechts.) Wir begrüßen den Vertrag, aber wir wollen uns vor Illusionen bewahren.

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Wir sprechen unsere Sympathie mit dem vorliegenden Vertrag aus. Wir betrachten ihn als einen außerordentlichen Gewinn für unsere deutsche Gegenwart. Wir stehen der Idee des ewigen Völkerfriedens mit einiger Skepsis gegenüber. Aber wir glauben an den Fortschritt dieser Idee.

Abg. Breitscheid (U. S. P.)

Wir leben in dem Vertrag eine Abkehr von dem System des alten laienrechtlichen Deutschland eine Abkehr von jener Politik, wie sie zur Zeit der Haager Konferenz sehr zum Schaden des deutschen Volkes getrieben worden ist. Es besteht kein Zweifel darüber, daß einer der Gründe die Welt gegen uns in Waffen zu bringen, der Umstand war, daß die deutsche Regierung es damals abgelehnt hat, solchen Schiedsgerichtsverträgen zuzustimmen. An sich ist solcher Schiedsgerichtsvertrag nur ein Dokument, ein Fetzen Papier. Wir wissen, daß zu gewissen Zeiten von Staatsmännern, die ihrer Sache sicher zu sein glauben, militärisch stark genug zu sein, solche Stücke Papier als Fetzen Papier bezeichnet haben die man zerreißt und über deren Inhalt man hinweggehen kann, wenn man die Macht dazu zu haben glaubt. Auch der belgische Neutralitätsvertrag wurde als ein solcher Fetzen Papier betrachtet. Um einem Schiedsgerichtsvertrag wirklich dauernde Bedeutung zu geben kommt es darauf an, daß der Geist der durch den Vertrag gebunden sind, innerlich mit dem Sinn eines solchen Vertrags übereinstimmen. Wie weit wir von einem solchen Geist in Deutschland entfernt sind, hat Herr Schüding dargelegt. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß dieser Gedanke in weiten Kreisen der sogenannten deutschen Intelligenz noch außerordentlich wenig verbreitet ist. Solange der Geist an unseren Universitäten, im Lehrkörper so gut wie in den Kreisen der Studenten, noch immer derjenige ist, der das alte Deutschland kennzeichnete, solange man das Verständnis für die Interessen des deutschen Volkes vermischt mit einem überspannten überhöhten Nationalismus, der sich darauf gründet, daß das deutsche Volk das Auserwählte in der Welt ist, wer sich dann wundert — (Zuruf rechts) Von Ihnen als etwas Wertvolles angehen zu werden, würde für mich eine Beleidigung sein. Wenn Sie von der Ueberlegenheit des deutschen Volkes reden, denken Sie nicht an uns. Nein, dann denken Sie an sich selbst als herrschende Klasse der Gegenwart und Vergangenheit. Dieses Gefühl ist in dieser Stunde von doppelter Bedeutung. Wir werden es Ihnen nicht vergessen. Ich sage noch einmal: Solange der Geist derjenigen, die durch solche Verträge gebunden sein sollen, nicht ein anderer geworden ist, solange bleibt ein solches Dokument

lediglich auf dem Papier stehen.

Wenn man hier dem Pazifismus das Wort redet, so müssen wir, um dazu Stellung zu nehmen, zunächst wissen, was man darunter versteht. Wenn es heißen soll, daß der Pazifismus jeden Kampf um höhere Ziele ausschließt, so erkennen wir ihn nicht an. Für uns, die wir den Klassenkampf vertreten, würde solche Auffassung des Pazifismus abwegig und falsch sein. Man sagt: wir sollten immer die Guten sein und für Friedensverträge eintreten, denn die andern täten es nicht. (Zuruf: Poincaré!) Wir sind auch in dieser Stunde weit davon entfernt zu behaupten, daß Deutschland der einzige Staat ist, in dem weite Kreise der Bevölkerung dem Gedanken internationalen Rechts widerstreben. Wir wissen, daß genau denselben Standpunkt vertreten. Man hat hier von Ober- und bevorrechteten ansetzen, in den anderen Ländern der Welt genau entsetzten Standpunkt vertreten. Man hat hier von Ober- und unteren gesprochen. Denken wir doch auch daran, daß es nicht der Weg des Rechts war, auf dem im Jahre 1871 Ellah-Lothringen an Deutschland fiel. (Zuruf: Es hat uns gehört!) Wann? Niemals hat es einem deutschen Staate gehört. Ellah-Lothringen wurde 1871 ohne Volksabstimmung einzig und allein auf dem Wege der Siegergewalt an Deutschland angeschlossen. Wenn Deutschland uns auf demselben Wege genommen werden sollte, können wir das nicht billigen. Aber wir können uns nicht einseitig auf den Standpunkt stellen; die andern sind schuldig, wir sind unschuldig. Wir verlangen, daß alle Staaten zur Methode des Rechts greifen. Dann hätte der Abg. Schüding davon gesprochen, daß es für gewisse Kreise aber unangenehm sei, umzulernen. Aber dabei bitte ich doch zu beachten: das Umlernen ist eine Kunst, die nur von denen geübt werden kann, die vorher überhaupt etwas gelernt haben (Beifall bei der U. S. P.)

Abg. Frölich (R. P. D.): Der Schiedsvertrag mit der Schweiz, die niemals in die Lage kommt, mit uns in einen Krieg einzutreten, ist ein Verlust mit untauglichen Mitteln. Dafür sollte man sich durch Verträge die Freundschaft Rußlands sichern. Gegenwärtig werden von Frankreich aus Veruche gemacht, sich an Rußland anzunähern. Verpaßt die deutsche Regierung die Zeit, wird das zu einer Isolierung Deutschlands führen, die zu einer schweren Gefahr für das deutsche Volk werden muß. Damit ist die erste Beratung beendet. Es folgen die zweite und dritte Lesung, bei der es keine Debatte weiter gibt. Das Gesetz wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Sodann wird der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich in Angelegenheiten Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Reichsmietengesetz

Von den Rechtsparteien war behauptet worden, das Reichsmietengesetz sei verfassungswidrig. Dazu bemerkt Ministerialdirektor Dr. Richter, daß zwar der Reichswirtschaftsrat diesen Standpunkt eingenommen, die Regierung aber anderer Meinung sei. In der Spezialberatung verließen die Rechtsparteien ihre, auf Sabotierung des Gesetzes hinauslaufende Anträge erneut an den Mann zu bringen. Es wären etwa 50 Abstimmlingen vorzunehmen. Die Debatte über die einzelnen Anträge läßt sich mehrere Stunden hin. Alle Sonderanträge wurden abgelehnt, die Kompromißanträge der Demokraten, Rechtssozialisten, Zentrum und U. S. P. wurden angenommen für unsere Fraktion vertritt der Genosse Rühl einige weitergehende Anträge, die ebenfalls abgelehnt wurden. Die dritte Beratung wird am Dienstag erfolgen.

Der Präsident erteilt dem Genossen Dittmann außerhalb der Tagesordnung das Wort.

Abg. Dittmann (U. S. P.): Der Reichsverkehrsminister Gröner hat dem Reichstag gestern in den Glauben zu versetzen gesucht, daß bereits eine Verflüchtigung des Reichsverkehrsministeriums erlassen worden sei, wonach die Kündigungen und Disziplinierungen von Eisenbahnbeamten und Arbeitern aus Anlaß des Streiks nachgeprüft und gemildert werden. Ich stelle fest, daß nach mir gewordenen unerschütterlichen Informationen eine solche Verflüchtigung, zu der Zeit, als der Reichsverkehrsminister Gröner diese Behauptung aufgestellt hat, noch nicht ergangen war, und auch bis 12 Uhr mittags noch nicht ergangen war. (Lebhaftes Hört! Hört! auf der Linken!)

Ministerialdirektor Sticker: Minister Gröner hat die von dem Abg. Dittmann angelegte Verflüchtigung aus einem Erlaß in der gestrigen Reichstagsitzung verlesen, den er um 12 Uhr mittags gestern unterzeichnet hat, und der gestern abend noch telegraphisch an die Eisenbahndirektionen weitergeleitet worden ist. (Lebhaftes Hört! Hört! auf der Rechten.)

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Wohnungsabgabengesetz. Vaherleichterung mit Oesterreich.

Der Vorkonferenz des Preussischen Landtages beschloß, die in der nächsten Woche beginnende Beratung des Kultusetats mit einer allgemeinen Aussprache einzuleiten, wobei die Redezeit für jede Fraktion auf eine Stunde festgesetzt wurde. Beim ersten Titel eines jeden Kapitels will man gleichfalls eine allgemeine Aussprache zulassen mit einer Hörsitzung von Dreiviertelstunde. Auch bei jeder einzelnen Position kann das Wort genommen werden, aber nicht länger als zehn Minuten.

Preussischer Landtag

Donnerstag, den 16. Februar.

Der Entwurf über die Vereinigung von Vermont mit Preußen wird ohne Aussprache verabschiedet. Es folgt die dritte Beratung des gemeinamen Antrages der Regierungsparteien über die Novelle zum Diätengesetz, durch die für die bei der Neuordnung der Geschäftsordnung beschlossene Disziplinärbestimmung der Diätentzuehung bei Ausschluß aus der Vollziehung die gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen. — Darauf wird die erste Beratung des Entwurfes, betr. die sofortige Vereinfachung von Mitteln zur Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fortgesetzt.

Abg. Rimberg (Soz.): Die Leitung des Polizeiwesens in Rheinland-Westfalen gehört nicht in die Hände eines reinen Fachmannes, sondern in die Hände eines Mannes, der mit der Bevölkerung umzugehen weiß. Es muß ein Mann aus dem Volke sein. Die früheren Polizeipräsidenten haben ihre Macht schamlos gegen die Gewerkschaften mißbraucht.

Abg. Sobotta (Kom.) lehnt den Gesetzentwurf als Provokation der gesamten Arbeiterkraft ab.

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage dem Hauptausschuß überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzwurfs über die Einführung der Verhältniswahl bei der

Auswahl von Schöffen und Geschworenen

Abg. Dichtenstein (U. Soz.): Der Gesetzentwurf bringt nur eine geringe Verbesserung der Verhältnisse in der Justiz, die immer noch als Klassenjustiz zu bezeichnen ist. Werden nicht die Entschädigungen für die Schöffen und Geschworenen erhöht, dann steht der Grundlag, daß die Schöffen und Geschworenen aus allen Schichten gewählt werden sollen, lediglich auf dem Papier. Die Verfügung des Justizministers nach dieser Richtung hin wird von vielen Richterkollegien immer noch unbeachtet gelassen, oder es werden nur gehobene Arbeiter gewählt, die mit der Arbeiterschaft längst keine Fühlung mehr haben. Nur so ist es möglich, daß ein Arbeiter, der für die hundertenden Kinder in Rußland gesammelt hat, perzuziert wird, weil er nicht vorher die Genehmigung zum Sammeln eingeholt hat. Auch das haarsträubende Urteil im Schwurgerichtsprozeß Piontel in Berlin ist nur verständlich, wenn man sich die Zusammenfügung der Geschworenenbank anschaut. (Beifall b. d. U. S.)

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzwurfs über die Verbesserung des Dienstverhältnisses der katholischen Pfarrer.

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form zu, weil es sich nicht um Leistungen des Staates an die Kirche handelt, sondern nur um Zuschüsse, die der Staat zurückhält.

Abg. Holz (U. Soz.): Wir sind bemüht, die Barmherzigkeitsbestrebungen der Kirche, die immer wieder angeführt werden, überflüssig zu machen. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Die Kirche soll für ihre Pfarrer selber sorgen.

Das Gesetz wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Das Haus berät darauf die Abänderung der Anordnung über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften. Nach dem Entwurf muß die Beschäftigung unterlag werden, wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen oder gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten bietet, ferner wenn die Räumlichkeiten für eine sittlich oder gesundheitlich ungefährdete Beschäftigung nicht geeignet sind, sowie wenn besondere Umstände auf das Vorhandensein eines Anmierbetriebes hinwirken.

Die Abg. Frau Dr. Bauer (Ztr.), Frau Noack (Dnatl.) und Frau Garmisch (D. Sp.) treten für den Entwurf ein.

Abg. Frau Hanna (Soz.): Die Beseitigung der sittlichen Schäden in diesen Betrieben ist nur möglich bei festem ausreichenden Lohne der Angestellten. Die Inhaber solcher Schankwirtschaften umgeben die Beordnung oft durch den Abschluß von Tarifen mit ganz niedrigen Löhnen. Gegen solche Umgehungen läßt sich nur einschreiten, wenn Sie unseren Antrag annehmen, daß als Tarifverträge nur eine solche Abmachung gilt, bei der auf Arbeitnehmerseite eine gewerkschaftliche Organisation beteiligt ist.

Abg. Frau Kunert (U. S. P. D.): Die von uns angeregte Unterstellung der Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung unter die Aufsicht von Gewerbeaufsichtsbeamtinnen im Benehmen mit den Organisationen der Gastwirtschaftlichen und -gehilfinnen ist einstweilen als eine befriedigende Lösung der Aufgabe zu betrachten, wie eine dringende bedürfnispolitische Aufgabe, nämlich die Eindämmung der von den Anmierneigen ausgehenden Verführung mit Geschlechtskrankheiten zu verbinden ist mit dem Schutze der weiblichen Angestellten gegen postzeitliche Chikanen. Die Zahl der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamtinnen muß natürlich vermehrt werden. Die „wilden“ Tarife, die viele Gastwirte mit ihren Angestellten abschließen, sind als ungesetzlich zu brandmarken. Auch die Zimmermädchen in Hotels bedürfen des besonderen Schutzes der Anordnung vom 10. August 1920. Durch Schutz vor Hungerlöhnen ist ihre sittliche Festigkeit zu härten. Genossin Kunert führt als Beispiel für die Notwendigkeit, klare Verhältnisse bezüglich des Begriffs Tariflöhne zu schaffen, den Hotelbetrieb des der Wirtschaftspartei angehörenden Stadtbezirks R 100 in Berlin, Mittelstr. 15, an, wo die Zimmermädchen in einem höchst arbeitsreichen Betrieb unter händiger schwerster sittlicher Gefährdung bis zu 20 Stunden am Tage für 45 M. monatlich arbeiten müssen. Gegen solche Ermisse der Profitmutter müssen die Angestellten unbedingt so weit geschützt werden, als dies in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. (Lebhaftes Beifall bei den U. S.)

Abg. Frau Krenndörfer (Kom.) lehnt den demokratischen Antrag, die Zimmermädchen auszuschließen, gleichfalls ab. — Die Abstimmung bleibt zweifelhaft, bei dem darauf folgenden Hammerstreich stellt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus. — Das Haus verlegt sich auf Freitag 12 Uhr. Beratung der unabhängigen und kommunistischen Anträge zum Eisenbahnerstreik. Rest von heute.

Derters Ausschluß

In Braunshweig fand am Mittwoch eine von über 2500 Genossen besuchte Mitgliederversammlung statt, die zu dem Antrag auf Ausschluß von Sepp Derters Stellung zu nehmen hatte. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Vogt herr fand eine nur kurze Diskussion statt, in der auch die zu ihrer Information erschienenen Schöninger Genossen zum Wort kamen. Der Antrag auf Ausschluß Derters wurde sodann von der Versammlung einstimmig angenommen. Damit dürften auch die Versuche Derters, sich im Lande Anhänger zu schaffen, erfolglos werden.

Derters Ausschluß

Der erste deutsche Journalist von Harding empfangen. Zum ersten Male seit dem Kriege ist in diesen Tagen ein deutscher Journalist im Weißen Hause empfangen worden. Es ist dies der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Dr. John Res, der dem Präsidenten Harding seine Aufmerksamkeit machte.

Unruhen in Mittelamerika. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Mexiko sind in Guatemala erste Unruhen infolge des Angriffs der Antonisten auf die Regierung ausgebrochen.

In der Buchhandlung von **A. SEEHOF & CO.** Inhaber **H. Laub** Neue Schönhauser Straße 9
finden Sie ständig große Auswahl in sozialwissenschaftlicher, volkswirtschaftlicher sowie schöngeliger **Literatur** Besichtigung ohne Kaufzwang!!!

Kleiner Gesellschaftsfilm Winter

Zwischen dem Sommer und dem Winter gibt es große Unterschiede. Im Sommer trinkt man kalte und im Winter warme Getränke...

Auch zwischen den Damengarderoben gibt es bis zu den Knien Unterschiede, die den Jahreszeiten entsprechen. Bis zu den Knien...

Dieses Helldennt, der für die Schönheit friert, muß der Chronist anmerken und aufzeichnen als ein Beispiel für spätere Geschlechter...

Hat die Republik keine Orden für den Helldennt ihrer Damen?

Babylon

An den meisten Orten Berlins kommt man mit Deutsch immer noch ganz gut durch. Wenn auch ungen, sprechen doch die Kellner...

Trotzdem empfiehlt es sich, wenn man die nächsten zehn Jahre in Berlin zu bleiben beabsichtigt, fremde Sprachen zu erlernen...

Wer sich mehr in den vornehmen Lokalen des Zentrums aufhält, wird gut tun, zunächst Englisch zu lernen. Sowohl der Stand...

Als Gott der Herr sah, daß die Menschen übermütig wurden, ergrünte er sehr, und er schlug die Menschen und verwirrte ihre Reden...

Untergrundbahn

Nächst den Autos ist die Untergrundbahn das vornehmste Verkehrsmittel, und wenn man gar zweiter Klasse fährt, kann man...

Aber eine Schule der Höflichkeit ist die Untergrundbahn nicht. Das kommt daher, daß sie immer pfeifenlos ist, als ob die Fahrt...

Defensivgedacht ist die Untergrundbahn sehr vornehm, und auch Damen, die sonst eigentlich nur Autos benutzen, steigen nicht...

Ich meinerseits habe wir vorgenommen, falls ich heiraten sollte meine Frau gleich von vornherein darauf zu vereidigen, daß sie...

Schupo

Die Revolution hat uns mündig gemacht. Seither sind wir mündig erwachsen, tragen lange Hosen und dürfen rauchen, wenn es...

Die Schupo ist republikanisch. Sie verteidigt die Republik, die immerzu von den Bolschewisten und Halbbolschewisten und verkappten...

Die Schupo ist republikanisch. Sie verteidigt die Republik, die immerzu von den Bolschewisten und Halbbolschewisten und verkappten...

und ist solange neutral, bis einer gesteht hat.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Übersetzung von KUGELSCHNIG

Amerikanisches Copyright 1918 by Wilheim & Co., Berlin.

Eine ganze Weile sieht sie wortlos da, und plötzlich flüstert sie dann: „Ach, wenn man doch sterben könnte! Der Gram...

Oder sie fragt ins Leere hinein: „Da hat man nun gelebt — und wofür? wozu?“

„Schlaf jetzt!“ plätschte sie dann auf einmal mitten in meine Rede...

„Die Heze!“ pflegte Sjascha zu sagen, wenn sie es nicht hörte.

„Sag' ihr das doch mal ins Gesicht!“ schlug ich ihm vor.

„Meinst wohl, ich fürchte mich?“ erwiderte er, fügte jedoch...

Gegen alle Welt war sie groß und bissig, und auch mich schonte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

„Du hast ja auch gegähnt!“

„Ach was — Feigling!“ fuhr er mich wütend an.

Sie starb eines Tages ganz plötzlich vor unsern Augen: eben wollte sie...

Unsere Republik ist noch sehr jung. Die Schupo trägt Gamaschen, kurze Hosen und sieht grün aus. Sederling meint, daß sich das mit der Zeit ändert.

Gottlieb Augustin

Ein fleißiges Wohnungsamt

Uns wird geschrieben: Im Mai 1920 hat ein junges Mädchen vor einem Berliner Einigungsamt eine Mietstreitfrage zu erledigen gehabt, was etwa 15 Minuten dauerte. Das Jahr 1920 ging zu Ende, ohne daß das Einigungsamt etwas von sich hätte...

Ueber die Faulheit dieses Amtes kann man sich lustig machen. Es braucht 1 1/2 Jahre, um die Kostenrechnung über einen Mietstreitfall, der längst erledigt ist, zu präsentieren. Aber daß dieses Amt...

Das Bezirksjugendamt Prenzlauer Berg veranstaltet in der Reihe seines Einführungskurses in die Jugendwohlfahrt am Freitag, den 17. Februar, einen Vortrag des leitenden Berufsvormunds Schulz über die Arbeit der Berufsvormundschaft. Am 24. Februar wird Genosse Stadital Friedländer über gerichtliche Maßnahmen und Fürsorgeerziehung sprechen. Die Vorträge finden im Bezirksamt Prenzlauer Berg, Danziger Straße 61-63, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Alkoholgegenrätische Jugendführerwoche. Am Sonnabend, den 18. Februar, abends 7 Uhr, beginnt im Wohlfahrtsministerium, Leipziger Straße 3, Zimmer 105, die Alkoholgegenrätische Jugendführerschule mit dem Vortrag „Alkohol und alkoholische Getränke“. Jeder Jugendliche kann daran unentgeltlich teilnehmen.

Am Montag, den 20. Februar, abends 7 Uhr in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Funktionär-Konferenz

Tagesordnung:

Die politische Lage und die USPD.

Referent: Genosse Wilhelm Dittmann

Discussion

Zutritt haben alle Berliner Abgeordneten, die Mitglieder des Zentralvorstandes und die mit einer lila Funktionärskarte versehenen Funktionäre der USPD.

Bezirksleitung der USPD.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Wir hatten beide sogleich begriffen, daß sie tot war, aber der Schreck war uns so heftig in die Glieder gefahren, daß wir sie nur immer ansahen und kein Wort sagen konnten. Sjascha stürzte endlich Hals über Kopf aus der Küche, während ich ratlos am Fensterpfosten lehnte und in den Hof hinaus sah. Der Prinzipal kam herein, hockte vor der Leiche nieder, betastete mit den Fingern ihr Gesicht und sagte: „Wahrhaftig, sie ist tot... Wie ist das nur gekommen?“

Er wandte sich nach der Ecke, in der ein kleines Bild des Wandertäters Nikolaus hing, und bekreuzte sich. Dann tief er in den Hür hinaus, in dem Sjascha eben daherkam: „Heda, Kachshira! Lauf' rasch zur Polizei und melde es!“

Ein Polizist fand sich ein, trampelte eine Weile in der Küche herum, bekam sein Trinkgeld und ging wieder fort. Nach einer Weile kam er mit einem Fuhrmann zurück, sie schickten die Köchin am Kopfe und an den Füßen und trugen sie auf die Straße. Die Frau des Prinzipals steckte den Kopf zur Küche herein und befahl mir: „Wisch' den Fußboden auf!“

Der Prinzipal meinte: „Ein Gluck, daß sie am Abend gestorben ist...“

Ich begriff nicht, worin in diesem Falle das besondere Gluck bestanden sollte. Als wir schlafen gingen, sagte Sjascha auffallend freundlich zu mir: „Laß die Lampe brennen, Alexej!“

„Du fürchtest dich wohl?“ fragte ich.

Er zog sich die Decke über den Kopf und lag eine Weile schweigend da. Die Nacht war still, als ob sie auf etwas lauflüchte oder etwas erwartete, und es war mir, als müßte im nächsten Augenblick Glockengeläut ertönen und alles in der Stadt vor Angst drunter und drüber gehen.

Sjascha steckte die Nase unter der Decke hervor und sagte leise: „Komm, wir wollen uns beide auf den Ofen legen!“

Auf dem Ofen war es sehr heiß. Nach einiger Zeit begann Sjascha wieder: „Wie ging das nur zu — eins, zwei, drei, was? Ich sagte es ja: sie war eine Heze... Ich kann gar nicht einschlafen...“

„Ich auch nicht...“

Er begann von Toten zu erzählen, die aus den Gräbern aufstehen und bis Mitternacht in der Stadt umherirren, wo sie ihre alten Wohnungen und ihre Verwandten suchen... „Sie erinnern sich aber nur der Stadt,“ fügte er geheimnisvoll hinzu, „die Straße und das Haus haben sie vergessen...“

Vor den Schranken der Justiz

Mittelbare und unmittelbare Zeugenladung

Dieses besteht in unserer Verleumdung der Wunsch nach Verleumdung über die Rechtsfragen des täglichen Lebens, sowie über den Verkehr mit den Gerichten, beherrschend. Wir tragen diesem Wunsch Rechnung, indem wir nachgehend mit der Veröffentlichung einer kleinen Kassenreihe beginnen, die diese Dinge in unangenehmer Folge behandeln soll.

Ein Arbeiter hatte dieser Tage das zweifelhaft Vergnügen, als Zeuge in dem Nordprozeß Singh vernommen zu werden. Seine Ergebnisse sind von allgemeinem Interesse. Er selbst schildert sie wie folgt:

Am 1. d. M. erhielt ich für den 2. eine Zeugenverladung mit der Drohung „bei Nichterscheinen 600 M. Geldstrafe u. s. w.“, unterschrieben von einem bekannten Rechtsanwalt, per Postzustellungsurkunde nach meiner Arbeitsstätte. Ich erschien am 9 Uhr. Nach dem Zeugenauftritt und Ermahnung der Zeugen zur Wahrheit, da die Aussagen beider werden müssen, wurde ich um 11 Uhr entlassen und zum 3. Februar wieder auf 9 Uhr bestellt. An diesem Tage Entlassung nach 10 Uhr und bestellt zu 2 Uhr nachmittags. Wiederum nicht vernommen, dafür aber bestellt zum 4. Februar 9.30 Uhr. Bis abends 6 Uhr mußte ich warten, ohne vernommen zu werden. Wiederum zu 9.30 Uhr geladen, wurde ich am Mittag des 6. Februar endlich aufgerufen und vernommen. Bei der Frage nach den Zeugengebühren wurde uns gesagt, erst müsse die Liste voll sein. Abends 6 Uhr fuhr ich wieder nach den Zeugengebühren. Gegenstände des Justizwachtmeisters: „Sind Sie vom Gericht oder der Verteidigung geladen?“ Antwort: „Von der Verteidigung!“ „Na dann lassen Sie sich man das Geld auch von der Verteidigung geben!“ Nun heran an den Vorsitzenden, der mir erklärte, daß der Verteidiger den Antrag stellen soll, daß die Kosten meiner Vernehmung aus der Gerichtskasse bezahlt werden sollen. Das Gericht werde dann entscheiden, ob dem stattgegeben werden soll. Am 6. Februar war nichts mehr zu machen und so erschien ich am fünften Verhandlungstag wieder bei Gericht. Fast gegen Mittag kam der Anwalt, er brachte den Antrag ein und endlich erhielt ich für jeden Tag den angeblichen Höchstbetrag von sage und schreibe 30 Mark. Ich frage nun:

- 1. Ist eine Ladung durch den Anwalt gesetzlich?
2. Hätte ich Anspruch auf Zeugengebühren, wenn ich nicht vernommen worden wäre oder das Gericht die Zahlung aus der Gerichtskasse abgelehnt hätte?
3. Welche Schritte hätte ich dann unternehmen müssen?
4. Könnte ich bei Nichterscheinen in Strafe genommen werden?
Die Fragen des Schreibers vorstehender Zeilen finden ihre Beantwortung durch den § 219 der Strafprozeßordnung (zweites Buch, fünfter Abschnitt). Man unterscheidet mittelbar, d. h. vom Gericht geladene Zeugen, und unmittelbar, d. h. vom Angeklagten oder der Verteidigung geladene Zeugen. Die Kosten der mittelbar geladenen Zeugen trägt ohne weiteres die Staatskasse. Wenn sich in der Hauptverhandlung ergibt, daß der Aufforderung der zur Verhandlung stehenden Sache die Vernehmung der unmittelbar geladenen Zeugen dienlich war, so hat auf Antrag des Angeklagten oder dessen Rechtsbeistandes hin das Gericht anzuordnen, daß die gesetzliche Entschädigung aus der Staatskasse zu gewähren ist.

Wenn der Vorstehende eine Zeugenladung ablehnt, so kann der Angeklagte oder dessen Rechtsbeistand den Zeugen unmittelbar laden. Aber auch ohne vorherige Antragstellung kann der Angeklagte Zeugen laden. Gesetzlich ist diese Ladung jedoch nur und der Zeuge ist nur zum Erscheinen verpflichtet, wenn ihm bei der unmittelbaren Ladung die gesetzliche Entschädigung für Reisekosten und Verfallnis in bar angeboten wurde, oder der Nachweis erbracht wurde, daß die Entschädigung beim Gerichtskassier hinterlegt ist. Ist diesen Vorschriften bei der unmittelbaren Ladung von Zeugen nicht entsprochen, wurde also die gesetzliche Entschädigung nicht in barem Gelde angeboten oder der Nachweis der Hinterlegung nicht erbracht, dann braucht der Ladung keine Folge geleistet zu werden. Es kann also auch keine Bestrafung eintreten. Eine Strafandrohung in solchem Falle ist ungesetzlich.

Das Februar-Programm des Stadt-Theaters bringt unstreitig die besten Darbietungen aller ähnlichen Theater Berlins. Es fällt schwer, irgendeine Nummer des sehr reichhaltigen Programms besonders zu erwähnen, denn alle Künstler leisten Klaffisches auf ihrem Gebiete.

Das Februar-Programm des Stadt-Theaters bringt unstreitig die besten Darbietungen aller ähnlichen Theater Berlins. Es fällt schwer, irgendeine Nummer des sehr reichhaltigen Programms besonders zu erwähnen, denn alle Künstler leisten Klaffisches auf ihrem Gebiete.

Immer stiller wurde es, immer dunkler. Sjascha hob den Kopf auf und fragte: „Soll ich dir mal meinen Koffer zeigen?“

Ich war schon immer sehr neugierig gewesen, was er eigentlich in seinem Koffer versteckte. Er verschloß ihn sorgfältig mit einem Vorhängeschloß und öffnete ihn jedesmal mit ganz besonderer Vorsichtsmahregeln. Suchte ich einen Blick hineinzuwerfen, so fuhr er mich gar an: „Was hast du hier zu suchen? Weg da!“

Als er mir diesmal selbst das Geheimnis des Koffers enthüllen wollte, ging ich bereitwillig darauf ein. Er setzte sich in seinem Bett zurecht und hieß mich den Koffer zu seinen Füßen auf das Bett stellen. Den Schlüssel trug er mit dem Brustkreuz an einer seidenen Schnur um den Hals. Er ließ seinen Blick durch die dunklen Rückenwinkel schweifen, runzelte wichtiguerisch die Stirn, öffnete das Vorhängeschloß und blies auf den Kofferdeckel, als wenn er heiß wäre. Dann hob er ihn endlich auf und nahm zuerst einige Wäschestücke heraus. Zur Hälfte etwa war der Koffer mit Willensbücheln, zusammengeschickten bunten Papierchen und Blechbüchsen angefüllt, die einmal Schuhwichse oder Sardinien enthalten hatten.

„Was hast du denn da?“ fragte ich.

„Wart' nur, du wirst gleich sehen...“ Er nahm den Koffer zwischen die Beine, beugte sich darüber und sang leise vor sich hin: „O heiliger Vater im Himmel du...“

Ich vermutete, daß es Spielzeug war, was er da in dem Koffer verbarg. Ich hatte nie welches gesehen und stellte mich immer, als ob ich es verachtete, in Wirklichkeit jedoch beneidete ich alle Kinder, die Spielsachen besaßen. Es gefiel mir an Sjascha, der sonst immer als Erwachsener gelten wollte, daß er Spielzeug hatte und daß er es schamhaft verbarg; ich konnte diese Scham wohl begreifen.

Er öffnete die erste Schachtel, nahm eine Brilleneinfassung heraus, schickte sie auf die Nase und sagte, während er mich mit ernstem Gesicht ansah: „Es hat nichts zu sagen, daß kein Glas darin ist: es gibt eben auch solche Brillen.“

„Laß mich mal durchgucken!“ verfechte ich.

„Für dein Auge paßt diese Brille nicht. Sie ist nur für dunkle Augen, und deine Augen sind grau“, erklärte er von oben herab, erschrocken jedoch über seine eigenen Worte und sah sich ängstlich in der Küche um.

(Fortsetzung folgt.)

